

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kraholtz.  
Druck u. Verlag: Auer-Verlag.  
Verlagsgesellschaft m. b. H.  
Auer-Verlag, Erzgebirge.  
Königsplatz, Erzgebirge.  
Telefon: 1111.  
Postfach: 1111.

Abdruckpreis: Durch unsere Seiten sind im Jahre monatlich 2,50 Mark. Bei der Geschäftsreise abgeholt monatlich 2,40 Mark. Bei der Post durch den Postboten monatlich 2,60 Mark. Einzelne Hefen sind in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen, unsere Zeitungsausträger und Ausgabehelfer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abrechnungspunkte sind die Zeitungsausträger oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Kettenspannung 3,-- Mark. Bei größeren Abstellungen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis spätestens 1/2 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufträge der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 202.

Dienstag, den 30. August 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

In einer Verordnung des Reichspräsidenten werden zum Schutze der Republik Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Die linksstehenden Blätter veröffentlichen Aufrufe der Sozialdemokraten und der Unabhängigen zu Massendemonstrationen am Mittwoch nachmittag zur Sicherung der Republik und gegen die Reaktion.

Der Nachfolger Erzbergers im Reichstage wird der württembergische Landtagsabgeordnete Groß sein, da der bei der Reichstagswahl als nächster auf der Liste des Zentrums stehende Handelskammersekretär Joseph Schuler verstorben ist.

Der Main meldet, daß die deutsche Goldflotte am Sonnabend vollständig und ordnungsgemäß zu Händen der Reparationskommission gezahlt worden ist.

Sonntag nachmittag 5 Uhr wurde im Auswärtigen Amt in Berlin ein Wirtschaftsabkommen mit Italien unterzeichnet. Das Abkommen wird heute veröffentlicht werden.

## Aufruf zum Schutz der demokratischen Republik. Die Not des Vaterlandes.

Die Reichsregierung hat nachstehenden Aufruf erlassen: Schon seit geraumer Zeit erfüllt die Reichsregierung mit Besorgnis, daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen. In einer Zeit, in der alle Kräfte der Nation darauf angewiesen sind, die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, steht eine zügellose Agitation immer offener ans Werk, die politischen und staatlichen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der Neubau des Deutschen Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse, die diesen unheilvollen Bestrebungen dient, wird von Tag zu Tag deutlicher; sie zeigt, daß der Plan gewissenloser Elemente und Gruppen, die den gemeinsamen Auftrag der verfassungsmäßigen Ordnung betreiben, in weitere Kreise des Volkes getragen werden soll. Offen und in welcher Form wird in solchen Organen und in Versammlungen zu Gewalttaten an politischen Gegnern, sogar zum Mord aufgefordert. Augenscheinlich halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der ihre Ziele nicht mehr verheimlicht zu werden brauchen, sondern offen bekannt werden dürfen. Die Reichsregierung wird von dieser Bewegung als ein Klänge unfähiger, schwächlicher und undeutscher Vorkämpfer dargestellt, deren Beseitigung patriotische Pflicht sei. Neben und in den Parteien, die in parlamentarischer Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Persönlichkeiten an Bedeutung, die aus Haß gegen die demokratische republikanische Staatsform offen zur Verachtung der Verfassung und Übertretung der Gesetze aufrufen.

Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, mit harter Hand diesem Treiben teils gewissenlos, teils verständiger Elemente entgegenzutreten.

Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor: noch lasten auf uns die schwerdrückenden Folgen eines verlorenen Krieges, noch ist überschleien dem Reich nicht gestrichet. Seine Erhaltung, für welche die Regierung seit Monaten jäh und nicht auslastet kämpft, kann durch einen offenen Ausbruch innerer Zwietigkeiten in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des Deutschen Reiches darf nicht erschüttert werden in dem Augenblick, in dem wir den Anspruch auf Oberhoheit auf die Grundzüge der Demokratie gründen. Ebensowenig kann es geduldet werden, daß durch politische Unruhen die wirtschaftliche Kraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren uns auferlegten Lasten aufs höchste angespannt werden muß. Nur durch dauernd, ungeführte Arbeit kann es gelingen, Reich und Volk über die schweren Zeiten hinwegzuführen, in denen Teuerung und steuerliche Höchstleistung nebeneinander hergehen.

In dieser Lage des Vaterlandes die Verfassung und Gesetze antasten oder verächtlich machen, heißt, eine zweite, in Wahrheit erst vernichtende Niederlage und damit den Verfall des Reiches vorbereiten.

Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeitumstände und die Provokationen der Gegner der Verfassung gebieterisch erheischen. Die Verfassung, die die demokratischen Forderungen der Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen verwirklicht, gewährt zugleich die Möglichkeit, diese Freiheiten zu beschränken, wenn diese zur Beseitigung der Verfassung selbst und aller Freiheit schlechthin mißbraucht werden. Von dieser Befugnis, die dem Reichspräsidenten zusteht, wird durch den folgenden Erlass Gebrauch gemacht.

Die Reichsregierung hofft und ist überzeugt, daß alle rechtschaffenden und zum Wiederaufbau des Vaterlandes willigen Deutschen hinter sie treten und mit ihr zum Schutze der Verfassung und der Gesetze zusammenwirken. Sie wird mit unerschütterlicher

Strenge gegen jede Auflehnung vorgehen und fordert alle Organe des Reiches und der Länder auf, in völliger Unparteilichkeit und ohne Ansehen der Person der Verordnung rückhaltlos Geltung zu verschaffen.

Die Reichsregierung,  
gez. Dr. Wirth.

## Sicherheitsmaßnahmen für das Reich.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt, daß zwecks Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Reichsgebiet

1. periodische Druckschriften, deren Inhalt zu gewaltsamen Verrückungen oder Beilegung der Verfassung, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanischen demokratischen Staatsform und zum Ungehorsam gegen die Gesetze auffodert oder anreizt oder eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organe verächtlich macht, bis zu 14 Tagen verboten werden können, 2. daß Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen verboten werden können, wenn die Befugnis begründet ist, daß in den Versammlungen Erörterungen stattfinden, welche die eben genannten Handlungen zum Gegenstand haben.

Reichspräsident und Reichskanzler haben mit dieser Vertiefung der Republik die gesetzlichen Wege nicht verlassen. Da nach Artikel 48 der R.-V. der Reichspräsident eine Anzahl Artikel der Verfassung außer Kraft setzen kann. Der Wortlaut der Verordnung richtet sich offen und im wesentlichen gegen die äußerste Rechte.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Im Dienstgebäude des Reichspräsidenten und unter dessen Vorsitz hat gestern eine eineinhalbstündige Beratung des Reichskabinetts stattgefunden, die sich mit der innerpolitischen Lage beschäftigte. Der Reichskanzler war noch in der Nacht nach Berlin zurückgekehrt. Die abwesenden Minister waren durch ihre Vizevertreter. An den Beratungen nahm auch der Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, Dr. Weißmann teil, der nach der Sitzung mit dem Reichswehrminister Dr. Gessler noch eine Besprechung hatte. Gegenstand der Erörterungen war die Ermordung Erzbergers und die sich daraus ergebenden innerpolitischen Folgen. Der Potsdamer Vorfall gehörte gleichfalls in den Kreis der Besprechungspunkte. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß die Mächte mittel des Reichswehrministers genügen, um etwaige Unruhen im Keime zu ersticken.

## Der Reichskanzler über den Ernst der Lage.

Der Reichskanzler äußerte während seines Aufenthaltes in Frankfurt a. M. der Frankfurter Zeitung gegenüber seine Auffassung über die politische Lage, die er als sehr ernst betrachtet. Die Republik sei in Gefahr. Jetzt sei die Aufgabe derjenigen, die vor allen anderen berufen sind, den Staat zu schützen, der vergebenden Demagogie mit großer Entschiedenheit entgegenzutreten. Das werde alsbald geschehen.

## Eine einheitliche sozialistische Front?

Im Reichstage sind gestern die Führer der sozialdemokratischen Parteien und der U. S. P. D. zu einer gemeinsamen Beratung zusammengetreten, in der einheitliche Richtlinien für das Vorgehen der beiden Parteien beschlossen werden sollten. Allem Anschein nach wird der Mord an Erzberger die einheitliche sozialistische Front verwickeln, die bis jetzt nur erstrebt wurde, aber in näherer Zukunft nicht erreichbar schien.

## Die Haltung der Gewerkschaften.

Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler die Führer der Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsinnens (G.-D.) und der Ufa. Diese beabsichtigten, den Reichskanzler auf die Erregung in der Arbeiterschaft aufmerksam zu machen, die nur beseitigt werden könne durch entsprechende Maßnahmen der Reichsregierung. Ohne bestimmte Forderungen zu formulieren, soll allgemein ein selbes Eingreifen gegen die antirepublikanischen Elemente und ein nachdrückliches Vorgehen gegen jene Offiziere der Reichswehr verlangt werden, die offen ihre antirepublikanische Gesinnung zur Schau tragen. Auch die Haltung der Justizbehörden soll zur Sprache gebracht werden. Die Gewerkschaften sind sich allerdings darüber klar, daß durch die Unabsehbarkeit der Richter der Einflußnahme der Regierung Schranken gezogen sind, wohl aber könne die Regierung auf die Staatsanwaltschaften hin einwirken, daß gegen verbrecherische Anschläge extremer Nationalisten in derselben Weise vorgegangen wird wie bei Verbrechen linksradikaler Elemente.

## Ein Aufruf an die Mitglieder des Zentrums.

Im Anschluß an den Katholikentag fand in Frankfurt a. M. eine Sonderitzung der Vorstände der Zentrumsparteien statt, in der ein Aufruf an die Mitglieder der Zentrumspartei beschlossen wurde. Es heißt darin u. a.: Der Abgeordnete Erzberger ist einem ruchlosen Mordmord zum Opfer gefallen. Wer es gut mit unserem Volke meint, der bewahre es vor inneren Erschütterungen, der trete eifrig auf den Boden der Verfassung, die das deutsche Volk und alle seine Stämme in freier Selbstbestimmung sich gegeben haben. Das Grab Erzbergers darf sich nicht schließen, ohne daß wir in machtvollen Kundgebungen diesem Gedanken Ausdruck geben. Treter in allen Bauen zu-

ammen, um laut und feierlich Verwahrung einzulegen gegen jeden Kampf mit vergifteten Waffen, gegen die verhängnisvolle Volksverhetzung, gegen jegliche Gewalttat. Gelobet, treu zu stehen zur Ordnung und Verfassung im Gedenken unseres alten Wahlspruches: für Wahrheit, Recht und Freiheit!

## Auf der Spur der Mörder Erzbergers.

Der Leiter der Berliner politischen Polizei Regierungsrat Weiß wurde am 12. Juli davon in Kenntnis gesetzt, daß sich ein junger Mann, anscheinend ein Student und früherer Offizier, in einer Berliner Zeitungsredaktion einem Redakteur gegenüber dahin geäußert hat, daß Erzberger ein Schädling sei und als solcher so schnell als möglich gewaltsam beseitigt werden müsse. Gleich nachdem Weiß von diesem Vorfall erfuhr, schickte er einige Beamte in die Wohnung Erzbergers um ihn über die Vernehmung des jungen Mannes zu berichten und anzufragen, ob dieser junge Mann ihm etwa bekannt sei. Erzberger war jedoch mit seiner Familie schon verreist und hielt sich in Nordend bei Biberach zur Erholung auf. Er schickte die Akten an die dortige zuständige Polizeibehörde und ersuchte sie, Erzberger davon in Kenntnis zu setzen. Erzberger schickte dann die Akten zurück und teilte mit, daß er von dem Vorgefallenen Kenntnis genommen habe. Er biete, sofort den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung zu informieren. Die Ermittlungen nach dem jungen Manne sind in vollem Gange. Bisher hat man ihn jedoch nicht auffinden können. Gestern vormittag wurde der Redakteur im Polizeipräsidium vernommen, zu dem im Juli der unbekannte Student die Vernehmung über Erzberger getan hat. Da man von den beiden Mördern Erzbergers eine genaue Beschreibung in Händen hat, so werden die Aussagen des Redakteurs über das Aussehen des Studenten mit dem der Mörder verglichen werden. Da der Student und der eine der beiden Mörder groß und blond ist und ebenfalls einen Anzug aus Militärstoff trug, so nimmt man an, daß er an dem Mord unmittelbar beteiligt war. Die Untersuchung liegt in den Händen der politischen Abteilung der Berliner Polizei. Im Laufe des Sonntags sind verschiedene Anzeigen gegen verdächtige Personen eingelaufen. Alle diese Spuren sind sofort aufgenommen worden.

Berliner Kriminalbeamte haben gestern mittag auch eine Anzahl photographischer Aufnahmen an der Mordstelle gemacht. Am Nachmittag begaben sich Generalstaatsanwalt Schlimm, Staatsanwalt Burger aus Offenbach und mehrere Kriminalbeamte auf den Ansbach, wohnen die neuen Spuren führen. Die Anhaltspunkte der Staatsanwaltschaft haben sich durch wertvolle Aussagen in Oppenau, von wo die drei Verbrecher nach vollbrachter Tat abgefahren sein dürften, verstärkt. Im Laufe des Montags haben die Berliner Streitruppen den Einwohnern der im Nordbezirk liegenden Ortsgemeinden eine Anzahl photographischer Aufnahmen von Personen, die als Täter in Betracht kommen könnten, vorgezeigt. Dadurch sollte die Erinnerung an junge Leute, die bei ihnen gewohnt haben und verdächtig sind, erleichtert werden. So bald als möglich soll auch der Abg. Dieß zur Mordstelle gebracht werden. Dieß, der nach Empfang des Schusses mit dem Gesicht auf den Boden fiel, konnte nur ungenaue Angaben über die Täter machen.

## Kommunistische Ruhestörungen.

Eine vom Verein für das Deutschtum im Ausland in

### Neuhaldensleben

für Sonntag abend einberufene Versammlung. In der General v. Vetterl-Borbeck über den Feldzug in Ostafrika sprechen sollte, wurde von Anhängern der Linksparteien verhindert. Diese hatten bereits längere Zeit vor Beginn der Versammlung zu Hunderten den Saal besetzt. Da außerdem vor dem Versammlungsort eine große Menschenmenge eine drohende Haltung einnahm, so daß Zusammenstöße zu befürchten waren, wurde die Versammlung abgeblasen. Erst nach längerer Zeit trat wieder Ruhe ein. — Aus

### Wasserstedt

Bei Wasserstedt wird gemeldet: Bei einer Fahnentwelle des hiesigen Stabtheim, an der sich mehrere andere Vereine beteiligten, wurden die Teilnehmer von einer Anzahl Kommunisten belästigt. Aus einem Hause fielen mehrere Schüsse, durch die verschiedene Personen verwundet wurden. Ein Veteran von 1870 und 1871, der ebenfalls verwundet wurde, erlief mehrere Verletzungen. — Geleentlich des Regimentsfestes der ehemaligen 7. Kavallerie (v. Seydlitz) in

### Saßfurt

fiel es zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Der Anlaß dazu soll eine von einem Obersten geleitete Rebe gegeben haben. Um die Mittagszeit, als nur vereinzelte Personen im Festsaal anwesend waren, erschienen etwa 200 Mann und richteten Verwüstungen an. Die Schupo stellte die Ruhe wieder her. — Oberpräsident Hüring hatte den vom Stabtheim in

### Saßfurt

für Sonntag vormittag angelegten Umzug, sowie den